
Jahresbericht 2004 der Kommission für Rechtsfragen

Claudia Holland, Universitätsbibliothek Leipzig (Vorsitzende der Kommission für Rechtsfragen)

veröffentlicht am: 11.02.2005

Die Kommission für Rechtsfragen des VDB setzte sich im Berichtsjahr 2004 wiederum aus den Kollegen/innen Claudia Holland (Leipzig), Karin Knaf (München), Andreas Knobelsdorf (Leipzig), Cornelia Hall (Würzburg) und Harald Müller (Heidelberg) zusammen.

Die Kommission traf sich im Berichtsraum einmal zu einer Sitzung anlässlich des Bibliothekskongresses in Leipzig. Dabei wurden die anstehenden Rechtsfragen beraten - soweit möglich - abschließende Stellungnahmen verabschiedet. Da mittlerweile viele Anfragen telefonisch oder per E-Mail erledigt werden können und auch so der Kontakt unter den Kommissionsmitgliedern gut funktioniert, konnte auf ein weiteres Treffen verzichtet werden, was auch der angespannten Finanzsituation des VDB Rechnung trägt.

Nachdem in den Jahren zuvor die steuerrechtlichen Probleme des VDB ein Hauptthema waren, verschob sich der Schwerpunkt wieder hin zu den arbeits- und dienstrechtlichen Anfragen der Mitglieder; zwei Beispiele sollen hier kurz angerissen werden.

Die im Jahre 2003 vorgetragene Frage nach den Voraussetzungen des Zugangs zum höheren Bibliotheksdienst hat sich in der Weise gelöst, dass der Dienstherr auch externe Bewerber akzeptierte. Dennoch ist die Kommission der Auffassung, dass auf diesem Gebiet in Zukunft weitere Rechtsfragen auftauchen werden, da sowohl die Ausbildungs- als auch die Beschäftigungsverhältnisse heutzutage stark variieren (s. z.B. Steinhauer, Bibliotheksdienst 2004, S. 1581). Zudem sind Reformen im Beamten- und Tarifrecht mit weitreichenden Änderungen geplant, welche auch das bestehende Laufbahnsystem umfassen.

Eine weitere Anfrage betraf die Anerkennung von Vorbeschäftigungszeiten nach dem BAT. Da dieses Problem immer wieder auftritt, hat sich die Rechtskommission entschlossen, im Rahmen einer Veranstaltung auf dem kommenden Bibliothekartag in Düsseldorf die Rechtssituation zu erläutern.

Ein weiteres Thema war die Zusammenführung der Landesverbände Niedersachsen / Bremen und Hamburg. Aus Termingründen wird die Fusion nun wohl erst im Jahre 2005 erfolgen. Hierzu erfolgt eine Prüfung der neuen Satzung durch die Rechtskommission.

Im Herbst begann sich die Rechtskommission mit der Frage zu beschäftigen, welche rechtlichen Konsequenzen eine Veränderung der Erscheinungsweise des Jahrbuchs der Deutschen Bibliotheken in elektronischer Form mit sich bringt. Hier sind vor allem datenschutzrechtliche Probleme zu lösen.

Wie in früheren Jahren auch hielten die Mitglieder der Rechtskommission auch im Berichtsjahr engen Kontakt zu anderen bibliothekarischen Gremien und Einrichtungen, z.B. als Mitarbeiter in der Rechtskommission des DBV, der IFLA oder der EBLIDA sowie als Lehrbeauftragte an bibliothekarischen Ausbildungsstätten.